

Antrag

Hannover, den 18.03.2025

Fraktion der AfD

Die Gewaltexzesse gegen Einsatzkräfte dürfen nicht länger hingenommen werden: Silvester-Randalierer endlich stoppen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Gewalttätige Ausschreitungen in der Silvesternacht sind mittlerweile in Teilen der Bevölkerung eine schlechte Tradition geworden. Auch zum letzten Jahreswechsel mussten Einsatz- und Rettungskräfte zu tausenden Einsätzen ausrücken. Zahlreiche Verletzte und ein immenses Ausmaß an Sachbeschädigungen als Folge einer mehrheitlich importierten Pyro-Gewalt (die Täter kamen einmal mehr überwiegend aus dem Migranten-Milieu), die Deutschlands Straßen und Plätze in der Silvesternacht bundesweit zu bürgerkriegsähnlichen Orten macht, waren erneut zu beklagen. Weder Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte noch Bürger waren vor den plötzlichen brutalen Gewaltausbrüchen sicher.

Auch in Niedersachsen kann angesichts von 1 500 Einsätzen der Polizei von einem „weitgehend friedlich“ verlaufenen Jahreswechsel¹ keine Rede sein. Laut Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage eines Abgeordneten der Fraktion der AfD² wurden insgesamt 619 Ermittlungsverfahren in diesem Zusammenhang eingeleitet. Wie in den vorherigen Jahren wurden auch in unserem Land zum Teil aus Zusammenrottungen von über hundert Personen heraus Einsatzkräfte mit Böllern angegriffen und verletzt, wobei 79 Polizisten und vier Angehörige der Feuerwehr bzw. des Rettungsdienstes Opfer von Gewaltdelikten wurden.

Ein Böllerverbot, wie es derzeit von verschiedenen politischen Akteuren diskutiert wird, ginge jedoch in die völlig falsche Richtung. Millionen Bürger, die alljährlich in verantwortungsvoller Weise die jahrhundertalte Tradition des Böllerns und Abbrennens von Feuerwerk zu Silvester pflegen, als Konsequenz des Staatsversagens in der Migrationspolitik in Mithaftung zu nehmen, ist inakzeptabel.

Grundsätzlich ist es abwegig und nicht zielführend, Böller und Feuerwerk als Problem anzusehen. Zu bekämpfen ist vielmehr die Gewaltgeneigntheit bestimmter Teile der Bevölkerung. Bei den 41 ermittelten Tatverdächtigen konnte bei lediglich 13 Personen eine deutsche Staatsangehörigkeit festgestellt werden. Silvester ist nur der Anlass und Böller und Feuerwerk naheliegende Tatmittel, die missbräuchlich als Angriffswaffen eingesetzt werden. So waren auch in der Silvesternacht wieder Schwerstverletzte nicht nur durch Böller und Raketen, sondern auch infolge von Messerangriffen zu beklagen. Ebenso wenig wie ein Messerverbot das Problem an der Wurzel packt und zu einem nachhaltigen Rückgang der Kriminalität führen wird, gilt dies auch für Böller, Raketen und sonstiges Feuerwerk. Ein allgemeines Verbot träfe in erster Linie rechtschaffene Bürger und Familien, sie sich ohnehin an Recht und Gesetz halten. Kriminelle Gewalttäter hingegen würden auch durch ein Verbot nicht davon abgehalten, ihr ohnehin bereits jetzt verbotenes Tun zu unterlassen.

Daher sind nicht allgemeine Verbote das Gebot der Stunde, um die teils militanten Angriffe auf unsere Einsatz- und Rettungskräfte und alle feiernden Bürger zu unterbinden. Vielmehr muss der Rechtsstaat endlich Stärke zeigen und mit geeigneten Maßnahmen gewährleisten, dass in der Silvesternacht Einsatz- und Rettungskräfte ihren wichtigen Dienst verrichten können und dass sich auch der Normalbürger wieder ohne Furcht im öffentlichen Raum aufhalten kann.

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Silvester-Bilanz-Weniger-Einsaetze-mehr-Gewalt-gegen-Einsatzkraefte,silvesternacht160.html>

² Drs. 19/6368

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

1. auf Landesebene
 - a) die Rechtsgrundlage zur Einrichtung einer Verbunddatei „Gewalttäter Silvester“ zur zentralen landesweiten Erfassung von im Zusammenhang mit silvestertypischen Straftaten auffällig gewordenen Gewalttätern zu schaffen,
 - b) gegen bekannte Täter soweit möglich das Mittel des Unterbindungsgewahrsams zur Anwendung kommen zu lassen,
 - c) zur Durchführung von beschleunigten Verfahren im Zusammenhang mit gewalttätigen Ausschreitungen zu Silvester in der Justiz zukünftig ausreichend Kapazitäten bereitzustellen und
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
 - a) im Zusammenhang mit Ausschreitungen zu Silvester auffällig gewordenen Gewalttäter bundesweit erfasst werden und
 - b) der § 54 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) so geändert wird, dass, unabhängig von der Strafhöhe, ein Ausweisungsinteresse bereits wegen einer rechtskräftigen Verurteilung wegen Widerstands oder eines tätlichen Angriffs gegen Einsatz- und Rettungskräfte besonders schwer wiegt.

Begründung

- I. Durch die Einrichtung und die sachgerechte Anwendung einer Datei „Gewalttäter Silvester“, insbesondere durch eine unmittelbare Erfassung anlassbezogener Fahndungsnotierungen und die ständige Aktualisierung der Daten, können polizeiliche Einsätze wirkungsvoll unterstützt und gezielte Maßnahmen gegen erfasste Personen sowohl zur Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Silvester-Krawallen wie auch zur Abwehr von Gefahren getroffen werden.

Ähnliches ist seit der Einrichtung der bundesweiten Datei „Gewalttäter Sport“ bereits jahrzehntelange Praxis. Die Berücksichtigung diesbezüglicher Erfahrungen, insbesondere im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung bis hin zum Bundesverfassungsgericht, kann zur rechtssicheren Einrichtung einer entsprechenden Datei führen. Daher ist es ein naheliegender Schritt, auch im Zusammenhang mit Ausschreitungen zu Silvester auffällig gewordene Gewalttäter, die regelmäßig eine weitaus größere Gefahr insbesondere für die Allgemeinheit darstellen, möglichst bundesweit zu erfassen.

Wie dringend im Hinblick auf Silvestertäter etwas geschehen muss, zeigte zuletzt die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage vom 14. Januar 2025, in der die Landesregierung eingestehen musste, nicht einmal (bzw. nur unter unzumutbarem Aufwand) in der Lage zu sein, mitzuteilen, wie viele Personen seit 2015 mehrfach wegen silvestertypischer Straftaten in Erscheinung getreten sind.

- II. Festgenommene sollen zukünftig unverzüglich erkennungsdienstlich behandelt und abgeurteilt werden. Als Vorbild können nicht nur aus Berlin bekannte Maßnahmen dienen, wo sich sogenannte „Bearbeiterstraßen“ im Rahmen der Bewältigung der gewalttätigen alljährlichen Maikrawalle gegen linksextreme Gewalttäter bewährt haben. Auch Niedersachsen hat damit bereits Erfahrung gesammelt, insbesondere im Zusammenhang mit gewalttätigen Versammlungsgeschehen. So können Straftäter, die in der Silvesternacht festgenommen werden, zügig vor Gericht gestellt und bestraft werden.

Dies ist gerade bei jugendlichen Straftätern von großer Bedeutung. Eine Strafe muss in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Tat erfolgen, damit für den Jugendlichen der Zusammenhang zwischen der Straftat und der darauffolgenden Konsequenz klar erkennbar bleibt.

Auch müssen die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte endlich den Antrieb entwickeln, in dem Bereich der Silvester-Krawalle mit dem gleichen Elan zu ermitteln und entsprechend tätig werden, wie beispielsweise bei Beleidigungen zum Nachteil von Politikern. Dazu müssen nicht

nur den Anforderungen entsprechend die richterlichen und staatsanwaltlichen Kapazitäten erheblich verstärkt werden, es bedarf auch der Äußerung einer klaren Erwartungshaltung und soweit möglich auch konkreter Vorgaben, wie mit Gewaltstraftätern zu verfahren ist. Angriffe auf Einsatz- und Rettungskräfte sowie friedliebende Bürger müssen zeitnah und konsequent bestraft werden. Der Rechtsstaat muss jederzeit unmittelbar und nachhaltig durchgesetzt werden können. Die Justiz muss hierzu mit der Polizei enger zusammenarbeiten, damit Ermittlungserfolge nicht zunichtegemacht werden, etwa durch überlange Verfahren. Nur so lässt sich der jetzt bereits teilweise zu beobachtende Kontrollverlust des Staates stoppen und die Sicherheit im öffentlichen Raum wiederherstellen.

- III. Erneut waren die Straftäter der vergangenen Silvesternacht überwiegend junge Männer mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus waren wieder nichtdeutsche Staatsbürger überproportional vertreten. Deren brutale Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften, aber auch gegenüber einfachen Bürgern zeigen die teils tiefe Verachtung dieses Milieus gegenüber dem deutschen Rechtsstaat und unserer westlich geprägten, toleranten Gesellschaft.

Wenn nicht endlich ein Umdenken in der Migrationspolitik einsetzt und konsequente Abschiebungen straffälliger Ausreisepflichtiger erfolgen, wird der gesellschaftliche Frieden und Zusammenhalt gefährdet.

Jens-Christoph Brockmann
Parlamentarischer Geschäftsführer